

Gerulf Stix

Wien und die Weltpolitik

„Österreich als die kleine Welt, wo die große ihre Probe hält.“ (Friedrich Hebbel)

Sebastian Kurz besitzt Charisma. Nun ist Charisma zwar ein schillernder Begriff, aber „gefühl“ weiß fast jeder Mensch, wann eine Führungspersönlichkeit wegen ihres Charismas besonders ausstrahlt. Die neuere Soziologie sieht in „charismatischer Führung“ eines von mehreren Herrschaftsmerkmalen. Überlieferte Wurzeln dieses schillernden Begriffes reichen bis in die griechische Antike, über das paulinische Christentum, geistliche Aufbruchsbewegungen und bis in die Philosophie allgemein zurück. Nicht wenige Freiheitliche erinnern sich nur zu gut an das Charisma eines Jörg Haider. Ein amtierender Nationalratsabgeordneter sinnierte jüngst erst darüber, dass Sebastian Kurz bei seinem Anhang „irgendwie als heilig“ gelte. Vielleicht war auch ein Abglanz dieses Nimbus als „very young leader“ (O-Ton Trump) der Grund dafür, dass der US-amerikanische Präsident Trump dem österreichischen Bundeskanzler einen so betont freundlichen und für die kleine Alpenrepublik relativ aufwändigen Besuch gewährte? Entscheidend dürften allerdings die dem neutralen Österreich zugeordneten Aufgaben gewesen sein.

Damit wären wir mitten in der Weltpolitik angekommen. Österreich ist tatsächlich ein im Weltmaßstab sehr kleines Land. Aber dank seines gerade erst beendeten EU-Ratsvorsitzes, seiner durch Entschlusskraft ausgezeichneten türkis-blauen Bundesregierung und nicht zuletzt durch seine geografische Lage wie auch auf Grund seiner geschichtlichen Erfahrungen bekommt dieser Staat im geopolitischen Puzzle zwischen den Weltmächten die Rolle eines wichtigen Mosaiksteinchens zugeordnet. Bevor eine zwangsläufig knappe Tour d’Horizon durch einige der berührten Kampffelder begonnen wird, sei eine wichtige Nebensächlichkeit erwähnt. Sie sei damit zugleich vorweggenommen wie auch abgehakt. Gemeint ist ganz trocken, dass Präsident Trump unausgesprochen über die Bande spielt, indem er Wien hofiert, um es Berlin „zu zeigen“. Niemand als die Amerikaner wissen besser, dass die heutige Republik Österreich einst deutsches Land war und in zeitgeschichtlicher Dimension bei aller völkerrechtlichen Selbstständigkeit in den Augen der Welt immer noch ist. Offiziell verbindend im Zusammenhang mit dem Gespräch Trump-Kurz ist die maßgebliche Rolle, welche die OMV bei der von den USA bekämpften Gas-Pipeline Nordstream 2 durch die Ostsee spielt. Wie schon mehrmals in den Genius-Lesestücken erwähnt, sind bei der Gas-Frage sowohl die wirtschaftlichen Interessen der USA als auch deren Politik, den russischen Einfluss in Europa zu begrenzen, zu beachten. Das kam natürlich auch beim Besuch von Kanzler Kurz in den USA zur Sprache.

Österreichs aufmüpfige Nachbarschaften

Österreich grenzt an Ungarn, die Slowakei und Tschechien. Noch vor rund 100 Jahren war es mit diesen Ländern sogar vereint. Welche Rolle die so genannte Visegrád-Gruppe, der die drei genannten Länder unter Einschluss Polens angehören, im Dauerstreit mit der EU in Sachen Asylpolitik spielt, ist bekannt. Ursprünglich als Freihandelszone in der ungarischen

Stadt Visegrád gegründet, haben sich die Visegrád-Staaten mittlerweile zu einer Art von Opposition zur offiziellen EU-Politik Brüssels heraus gemauert.

Steine des Anstoßes sind immer wieder Ungarns Ministerpräsident Orbán und seine nationalkonservative Politik. Obgleich Österreich kein Mitglied der Visegrád-Gruppe ist und einen Beitritt offiziell auch nicht anstrebt, gibt es hierzulande viel Sympathie für die Politik dieser Gruppe wie auch für Orbán selbst. Dieses Faktum und die unmittelbare Nachbarschaft zum freundschaftlich verbundenen Ungarn machen das militärisch neutrale Österreich für die EU gerade in dieser Auseinandersetzung hochinteressant. Auch für die USA! Viele Aktivitäten laufen im Hintergrund und entziehen sich dadurch der allgemeinen Aufmerksamkeit, wie sie sich in den Medien spiegelt. Es handelt sich um ein in der Sache erbittertes Tauziehen.

Sebastian Kurz ist hinsichtlich Viktor Orbán und seiner Partei sogar doppelt gefordert

Nicht nur als österreichischer Bundeskanzler, sondern auch als ÖVP-Obmann muss er sich mit der Frage herumschlagen, ob Orbáns Partei Fidesz aus der Parteienfamilie der Europäischen Volkspartei (EVP) ausgeschlossen werden soll oder nicht. Gewichtige Stimmen aus der EVP verlangen diesen Ausschluss. Andere, darunter Kurz, widersetzen sich diesem Ausschlussbegehren. Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament erlauben vermutlich keinen Ausschluss. Die EVP beschloss jüngst also die vorläufige Ruhestellung (Sistierung) der Fidesz-Mitgliedschaft. Hinter dieser wohl vordergründig taktischen Entscheidung tobt ein hartnäckiger Meinungsstreit, der weitergehen wird. Verletzt Orbán die Rechtsstaatlichkeit – ja oder nein? Dieser Hauptstreitpunkt betrifft auch Polen und seine nationalkonservative Regierung. Gegen Polen hat die EU ja sogar ein Vertragsverletzungsverfahren wegen dessen Justizreform eingeleitet. Sebastian Kurz ist also gleich mehrfach gefordert!

Salvini und Südtirol

Auch Italien gehört zu Österreichs Nachbarschaften. Hier ist es die Person des Lega-Parteiführers und Vizekanzlers in Rom, Matteo Salvini, die herausragt und viel Aufmerksamkeit auf sich zieht. Für Österreich ist der gleichfalls mitte-rechts angesiedelte Salvini nicht allein wegen seiner Differenzen mit der EU und seiner entschlossenen Bekämpfung der Einwanderung über das Mittelmeer ein wichtiger Faktor, sondern besonders auch wegen seines erfolgreichen Engagements in Südtirol. Dort ist nunmehr die Lega (früher: Lega Nord) ein Regierungspartner des Südtiroler Landeshauptmannes Arno Kompatscher (SVP) in Bozen, was manche der hiesigen Christdemokraten, die sich früher über Salvini aufgeregt hatten, verwirrt verstummen lässt.

Die allgemeine Verwirrung ist verständlich. Sie betrifft nicht nur die ÖVP. Denn abgesehen von den ideologischen Fäden zwischen den Regierungskoalitionen in Wien und Rom stellt sich natürlich die Frage, wie es mit Südtirol weitergeht? Österreich ist bekanntermaßen Schutzmacht für Südtirol. Die Mindestforderung Österreichs, wonach an der Südtirol-Autonomie nicht gerüttelt werden darf, wird von der neuen Regierung in Rom nicht bestritten. Sind damit aber die ursprünglich von Rom eingeleiteten Versuche, eben diese Autonomie auszuhöhlen, wirklich beendet? Auf der anderen Seite fällt Beobachtern natürlich auf, dass es um den von österreichischer Seite betriebenen Doppel-Reisepass für Südtiroler – Rom macht das für „seine Italiener“ z. B. in Istrien seit Langem so – derzeit ein wenig still geworden ist. In allen diesen Fragen ist augenscheinlich das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Südtirol-Frage steht erkennbar zwischen den ideologisch durchaus ähnlichen Koalitionsregierungen in Rom und Wien. Wie die offenen Fragen zu den ungelösten Problemen Südtirols beantwortet werden, kann das Einvernehmen zwischen Wien und Rom trüben oder festigen. Ein Beispiel von symbolischem Wert wäre die Begnadigung der Südtiroler Freiheitskämpfer.^[1] Darüber schreibt Reinhard Olt in dieser Ausgabe sachkundig in einem Genius-Lesestück. Die Zukunft ist jedenfalls offen.

Österreichs gute Beziehungen zu Russland

Weil Österreich wegen seiner militärischen Neutralität kein NATO-Mitglied ist, versteht sich wohl von selbst, dass Russland auf gute Beziehungen zu Österreich Wert legt. Obgleich der Nationalrat in Wien Österreichs militärische Neutralität in eigener Kompetenz beschlossen hat, weiß jeder Politikkenner, dass diese Neutralität eine der stillen Bedingungen Moskaus für seine Zustimmung zum österreichischen Staatsvertrag von 1955 war. Immerhin durchschnitten das neutrale Österreich damals die NATO-Nord-Süd-Frontlinie zum Ostblock entlang des Alpenbogens zusammen mit der gleichfalls neutralen Schweiz von Ost nach West. Seitdem nützt Österreich seine Position als neutraler Staat für ungezählte Vermittlungen im Ost-West-Konflikt. Dieser besteht trotz der Beendigung des so genannten Kalten Krieges infolge des Zusammenbruchs des Ostblocks weiter.

Ganz im Gegensatz zur erwarteten Befriedung eskalierte dieser Gegensatz in den letzten Jahren sogar! Einerseits schob die NATO ihre Bastionen in Richtung Osten weiter vor, was die Russen empört. Andererseits provozierte Russland durch seine Annexion der Halbinsel Krim und den nach wie vor umkämpften Donbass den Westen.

Die Rolle der ebenso vom Westen wie vom Osten umgarnten Ukraine

ist bekannt und wurde in den Genius-Lesestücken schon mehrmals behandelt, ebenso das Thema der von Europa ungeliebten US-Sanktionen gegen Russland.

Weniger bekannt hingegen ist, dass ein kleiner Teil der Ukraine einst auch zur habsburgischen Monarchie Österreich-Ungarn gehörte. Die gegenwärtige Dritte Präsidentin des Nationalrates Anneliese Kitzmüller (FPÖ) beispielsweise hat familiäre Wurzeln in der Bukowina. Es gibt Stimmen aus der Ukraine, die meinen, Wien könne mehr für die Ukraine tun, als das tatsächlich geschieht. Jedenfalls war die Behandlung des ORF-Korrespondenten Wehrschütz durch Kiew nicht gerade freundlich.

Wie auch immer, Wien instrumentalisiert also nicht nur seine typische Vermittlerrolle, sondern nützt auch seine historischen Erfahrungen im zähen Tauziehen zwischen Ost und West um die Ukraine. Nimmt man die nachhaltig guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und Österreich hinzu, so kann man kaum übertreiben, wenn man die Wiener Außenpolitik als geradezu prädestiniert für einen Interessensausgleich zwischen Washington und Moskau beurteilt.

Der Besuch Putins bei der Hochzeit von Österreichs Außenministerin Kneissl und die Geschichten rund um diese Begebenheit sind bekannt. Politisch wichtig ist, dass der russische Präsident damit ein weithin sichtbares Zeichen gesetzt hat, wie bedeutsam Russland die Vermittlerrolle Österreichs einschätzt. Letztlich meint Putin damit die USA, indirekt natürlich auch die EU.

Das gehört zu den Hintergründen, die den großzügigen Empfang von Sebastian Kurz in den USA verständlicher machen. In Wien gibt es ein geschicktes Zusammenspiel zwischen Bundeskanzleramt und Außenministerium, was für die Praxis der türkis-blauen Koalition spricht.

Der Balkan vor den Toren Wiens

Vor den Toren Wiens liegt ein weiteres Konfliktfeld, auf welchem West und Ost erbittert ringen: der Balkan. Nach dem Zusammenbruch von Titos Jugoslawien flammten die historisch wie auch religiös erklärbaren Gegensätze, Rivalitäten und Machtansprüche der verschiedenen Völkerschaften wieder auf. Gleichzeitig ringen die Großmächte von außen um Einfluss. Während die EU versucht, möglichst alle Balkanstaaten für eine Mitgliedschaft zu gewinnen bzw. überhaupt erst für eine solche reif zu machen, um die Lücken bis Griechenland zu schließen, verfolgen die USA mittels der NATO parallel dazu ihre Ziele.^[2] Der für Außenstehende skurrile Namensstreit um Nord-Mazedonien gehört dazu.

Serbien betreibt seine eigene Machtpolitik. Unterstützt wird es dabei von den Russen, die ihrerseits versuchen, den Balkan unter ihre Kontrolle zu bringen. Nicht von ungefähr bom-

bardierten US-amerikanische Flugzeuge im Balkankrieg nach dem Zerfall Jugoslawiens 1999 Donaubrücken in Serbien und weitere Ziele in Belgrad. Umfassend betrachtet, ging es dabei um eine indirekte Aktion zwischen den USA und Russland. In Wahrheit sind die Zusammenhänge noch komplizierter. Fast alles lässt sich nur aus der blutigen Geschichte des Balkans und den jahrhundertealten Bestrebungen um dessen Beherrschung intern wie von außen stehenden Mächten erklären. Die laufenden Konflikte in und rund um den Kosovo, um Bosnien-Herzegowina usw. zählen auch dazu. Nicht zu vergessen sind Rumänien und Bulgarien. Rumänien hat derzeit den EU-Ratsvorsitz inne und bereitet wegen seiner innenpolitischen Probleme (Korruption) der EU Kopfzerbrechen.

Die Türkei und das Reich der Osmanen

Bei all dem Gerangel zwischen West und Ost darf ein Land keineswegs übersehen werden, das lange Jahrhunderte hindurch den Balkan beherrschte: die Türkei. Zweimal standen die Türken vor Wien, wo ihnen (mit europäischer Hilfe) Halt geboten wurde, nämlich 1529 und 1683. Schon früher hatten die Osmanen die Serben 1389 und die Ungarn 1448 in den Schlachten auf dem Amselfeld besiegt. Heute noch ist die Niederlage auf dem Amselfeld und der damit einhergehende Verlust des Kosovo ein serbisches Trauma! Wenn man heutzutage in einem ostkroatischen Café einen dickflüssigen schwarzen Kaffee bestellen will, muss man einen *turska cava* verlangen. Das am Balkan nachhaltigste Erbe der türkischen Herrschaft freilich ist der heute wieder brisante Islam.

Blickt man über den Horizont des Balkans hinaus, so gilt es, das Osmanische Reich zu betrachten. Es beherrschte rund 600 Jahre lang den gesamten Nahost-Raum, zeitweise sogar ganz Nordafrika.^[3] Auch das gehört zum geschichtlichen Hintergrund, wenn man in unserer Gegenwart die eigenartige und teilweise expansive Politik des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan gründlich analysieren und verstehen will. Jedenfalls muss man mit der Politik Ankaras überall auf dem Balkan rechnen. Und in fast allen EU-Staaten besitzt Erdoğan „dank“ der Immigration längst seine fünfte Kolonne.

Diese Situation fordert selbstredend auch die Politik des Ballhausplatzes in Wien heraus. Österreich hat mit dem Balkan spezifische Erfahrungen. Nicht zuletzt war es der Mord am österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo, der den Ersten Weltkrieg auslöst hat.^[4] Während des Zweiten Weltkrieges und danach verloren viele Millionen jugoslawischer Staatsangehöriger ihr Leben. Die deutschen Minderheiten wurden enteignet, vertrieben oder vernichtet. Auch die Krisen rund um den Zerfall Jugoslawiens, die ab 1990 in neue Blutbäder am Balkan führten, hielten Österreich in Atem. So nimmt es nicht wunder, wenn Wien immer wieder um seine Meinung zu aktuellen Problemen am Balkan gefragt oder auch um Vermittlung ersucht wird. Das wissen die Nachbarn, das weiß die EU und das wissen auch die US-Amerikaner. Deshalb ist die Vermutung begründet, dass der Balkan auch in Sebastian Kurz' Gesprächen in Washington ein Thema war.

Wenn Europa überleben will ...

Die geopolitische Nahtstelle, an der Österreich im Ringen zwischen Ost und West liegt, büdet der Bundesregierung in Wien mehr Gewicht auf, als die geografische Kleinheit Österreichs vermuten lässt. Die stille Außenpolitik Österreichs ist für manche Weltmächte bedeutsamer, als der Rummel um Opernball, Lipizzaner und Mozart glaubhaft machen will. Manches dieser Events wird von gewissen Seiten als willkommene Tarnung benützt. So gesehen sind auch diese Facetten wichtig.

Von großer Bedeutung ist selbstverständlich, welche Aktivitäten eine konkrete Bundesregierung entfaltet. Der amtierenden türkis-blauen Koalition ist also auch in dieser Hinsicht ein gutes Zeugnis auszustellen. Die umfangreichen Auslandsreisen von Kanzler Sebastian Kurz und seine Akzeptanz in den besuchten Ländern belegen das. Aber ohne die gegebene Stabilität in der Bundesregierung wäre das kaum vorstellbar.

Für diese Stabilität sorgen Vizekanzler Heinz-Christian Strache, der in diesem Amt über sich selbst hinausgewachsen ist, sowie der als Koalitionskoordinator erfolgreich wirkende Bundesminister Norbert Hofer.

So wie Österreichs Außenpolitik meist unter ihrem tatsächlichen Wert eingestuft wird, so ergeht es vielfach auch der zuständigen Bundesministerin Dr. Karin Kneissl (FPÖ). Ihr traditioneller Knicks vor Putin hat unbedarfte Medienmitarbeiter mehr beschäftigt als der Umstand, dass die Außenministerin u. a. arabisch und auch hebräisch spricht. Welche EU-Außenminister können das noch von sich behaupten? Ist die Fähigkeit, mit wichtigen Persönlichkeiten in deren Sprache zu parlieren, nicht gerade im Blick auf die vielfachen Nahost-Probleme von praktischer Bedeutung?

Für das gute Zusammenspiel von Bundeskanzleramt und Außenministerium sprechen nicht nur der erfolgreiche EU-Ratsvorsitz Österreichs und die gelungenen Auslandsbesuche des Bundeskanzlers, sondern auch die offiziellen Zuständigkeiten der Bundesministerin Kneissl, nämlich für „Europa, Integration und Äußeres“.

Die Geopolitik der EU insgesamt wie die Politik der Wiener Bundesregierung sowieso muss ganz entschieden auf einen friedlichen Ausgleich der gegensätzlichen Interessen zwischen den USA und Russland ausgerichtet sein. Anders ist die Verwüstung Europas durch einen wie auch immer medial kommentierten Krieg zwischen den beiden unterschiedlich tickenden Weltmächten nicht zu vermeiden. Jeder der beiden Machtkontrahenten weiß: Wer Europa vollständig besitzt, kann den jeweils anderen marginalisieren. Bevor diese Situation eintritt, wird die eine oder andere Seite lieber Europa zerstören.^[5] Wir Europäer wollen aber in Frieden überleben! Aus genau diesem Grund bleibt es ein Gebot europäischer Politik, auf eine Achse Washington – Europa – Moskau nachhaltig hinzuwirken. Österreich wird seinen Teil dazu beitragen.

Anmerkungen

- [1] Wie Bruno Kreisky (SPÖ), der 1960 als Außenminister das Südtirol-Problem vor die UNO brachte, über die Südtiroler Freiheitskämpfer dachte, kann im Buch von Hans Werner Scheidl über „Die Monarchen der Zweiten Republik“, Wien 2002, auf Seite 23 nachgelesen werden.
- [2] Vgl. dazu das Buch von Christian Wehrschütz über „Der Balkan im Röntgenbild“, Wien 2009, besprochen im Genius-Brief Mai–Juni 2010.
- [3] Vgl. dazu im Buch von Hans-Josef Friedrich über „Atlantik oder Levante“ das Kapitel „Türkei/Osmanisches Reich“ auf den Seiten 259 ff. Das Buch wurde im Genius-Brief Mai–Juni 2017 besprochen.
- [4] Die Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg verneint der britische Wissenschaftler Christopher Clark in seinem Buch „Die Schlafwandler“, 13. Auflage, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2013.
- [5] Vgl. Gerulf Stix, „Die Achse Washington – Berlin – Moskau“, Genius-Brief November–Dezember 2012.